

Dumm, dümmer, Prantl ...



Als nützlicher Idiot der Kategorie eins erweist sich einmal mehr Heribert Prantl, Chef des Ressorts Innenpolitik bei der *Süddeutschen Zeitung*. Dort hat er einmal mehr einen so haarsträubend unterwürfigen Beitrag abgeliefert, dass *islam.de* sofort um Erlaubnis auf [Veröffentlichung](#) nachfragte.

Wenn verschiedene Länderinnenminister der Union jetzt von den Muslimen in Deutschland eine solche Gewaltverzichtserklärung verlangen, ist das zumindest eine grobe Beleidigung – weil man ihnen so generell die Bereitschaft zur Gewalt unterstellt.

Was natürlich, wenn man einmal Grundlagen (den Koran) und Tradition des Islam betrachtet, völlig abwegig ist. Der Koran [befiehlt](#) nur unmissverständlich das Töten von Ungläubigen und zwar immer und immer wieder. Auch das Leben des Propheten, Vorbild aller gläubigen Muslime, war ein einziger Gewaltexzess (s. [hier](#), Seite 17).

Mit solchen törichten Redereien über eine große Minderheit machen diese Innenminister das wenige kaputt, was jüngst hierzulande an Integration erreicht worden ist. Sie pauschalisieren, sie grenzen aus und gefährden damit den inneren Frieden. Sie machen aus den Muslimen in Deutschland Bürger unter Vorbehalt, sie machen aus Mitbürgern Nichtbürger. Man ist beinahe versucht, von Ministern, die von redlichen Menschen eine solche Gewaltverzichtserklärung

fordern, eine Amtsverzichtserklärung zu verlangen.

Und was genau ist bisher „erreicht“ worden? Nicht einmal zu einem Bekenntnis zum Grundgesetz hat es gereicht. Man ist beinahe versucht, von jemandem, der so dummes Zeug zu Papier bringt wie Prantl, eine Schreibverzichtserklärung zu verlangen.

Seit dem 11. September 2001 stehen Islam-Gläubige schnell im Verdacht, gefährliche Islamisten zu sein;

Wie ungerecht und unverständlich! Die paar tausend Opfer im Namen Allahs, die es am und seit dem 11. September gegeben hat. Sterben müssen wir schließlich alle ...

der Islam wird im Westen wie eine inkompatible Kultur betrachtet;

Was angesichts der zahlreichen Demokratien in islamischen Ländern und der Verwirklichung der Menschenrechte im „Haus des Friedens“ geradezu grotesk ist. Na los, Prantl! Bringen Sie Beispiele für die gelungene Kompatibilität von Islam und Demokratie! Wenigstens eins ...

der Koran gilt als gefährlich, als Anleitung für Terror.

Falsch, der Koran gilt nicht, der Koran ist eine Anleitung für Terror. Jeder Terrorist im Namen Allahs kann sich auf das „Heilige Buch“ berufen.

Natürlich haben diejenigen, die sich bei ihrem Terror auf Allah berufen und ihn zu einem Teil ihrer Komplotte machen, heftig dazu beigetragen.

Indem sie die Anweisungen ihres blutsaufenden „Gottes“ Allah umsetzen, tragen sie in der Tat dazu bei, die wahre Fratze

dieser grausamen Ideologie namens „Islam“ hinter dem Schleier der Islamschönrederei durch Dhimmis vom Schlage Prantl wahrzunehmen.

Natürlich gibt es unter den jungen Muslimen in Deutschland üble Straftäter (wie unter jungen Anders- und Ungläubigen auch).

Wohlweislich „vergisst“ Prantl hier zu erwähnen, dass in den bereicherten Großstädten die [jugendlichen Gewalttäter](#) aus muslimischem Umfeld bereits knapp 80% der Täter stellen. Und am Ende macht Prantl sich sogar noch die [Positionen](#) der unerträglichen Grünenchefin Roth zu eigen.

Wenn Politiker ein Verbrechen, wie es jüngst zwei junge Ausländer in der Münchner U-Bahn verübt haben, als Anlass für überheblich-besserwisserische Justizkritik und für pauschale Strafverschärfungs-Forderungen missbrauchen, hat das mit Sachkunde sehr wenig, aber mit dem Wunsch, auch einmal in den Nachrichten vorzukommen, sehr viel zu tun.

Und wenn ein Prantl solche Beiträge schreibt, dann hat das ebenfalls sehr wenig mit Sachkunde, aber sehr viel mit dem Wunsch zu tun, mal wieder bei *islam.de* vorzukommen.

» heribert.prantl@sueddeutsche.de

(Spürnase: Voltaire)

SIOE-Demo am 26. Januar 2008

in Amsterdam

☒ Am 26. Januar 2008 findet um 13.00 Uhr am Dam in Amsterdam eine [SIOE-Demonstration](#) statt. Es geht darum einzufordern, was der Bevölkerung Stück für Stück genommen wird: Die in den Menschenrechten verankerten Freiheiten. Die Demonstration richtet sich besonders gegen die auch in den Niederlanden zunehmende Einschränkung der Redefreiheit und Angriffe auf das Eigentum von Bürgern, besonders durch Brandstiftung an geparkten Autos. Die political correctness und Islamisierung müssen aufgehoben werden. Totalitäre und rassistische Parolen und Transparente sind nicht gestattet. Weitere Infos zur geplanten Demo gibts [hier](#).



Ein teurer Spaß



Wenn Sie zufällig Jude sind, und in nächster Zeit Post von einem ägyptischen Anwalt aus der Schweiz bekommen, am Besten garnicht erst öffnen. Da ist eine Rechnung drin, die Sie sowieso nicht bezahlen können. Warum also unnötig aufregen?

[n-tv](#) hat die kuriose Nachricht:

Ägypter in der Schweiz wollen „alle Juden der Welt“ verklagen und Schadensersatz für einen historischen Diebstahl vor genau 5758 Jahren einfordern.

In der angesehenen ägyptischen Wochenzeitung „Al Ahram Al Arabi“ erklärte Dr. Nabil Hilmi, Dekan der Jura-Fakultät der Universität von Al-Zaqaziq, dass die Juden während des biblischen Exodus mindestens 320 Tonnen Gold „gestohlen“ hätten. Das hätten jene Ägypter in der Schweiz aufgrund „historischer und religiöser Quellen“ herausgefunden. Neben Gold hätten die Juden bei ihrem „großen Auszug aus Ägypten“ Schmuck, Küchengeräte, Silberornamente, Kleidung „mitten in der Nacht“ gestohlen. Diese Gegenstände hätten heute einen „unbezahlbaren Preis“, wenn man deren Wert mit nur 5 Prozent jährlich verzinst und auf 5758 Jahre hochrechnet.

Alle monotheistischen Religionen, so auch die Juden, kennen das Gebot „Du darfst nicht stehlen“. Deshalb seien die Juden aus religiösen Gründen verpflichtet, das Raubgut zu erstatten. Vom rechtlichen Standpunkt, so Hilmi, wenn die Juden das Gold nicht „gestohlen“ sondern nur „entliehen“ hätten, seien sie heute verpflichtet, den Wert der Anleihe mit Zinseszins zu erstatten.

Hilmi weiß, dass die Rückzahlung dieser Schuld nicht von Heute auf Morgen zu bewerkstelligen sei. Er schlug deshalb einen „Kompromiss“ vor: Ratenzahlungen „auf tausend Jahre verteilt“.

Eine ägyptische „Polizeiuntersuchung“ gegen Moses und Aaron habe ergeben, dass es den Juden „wegen ihrer perversen Einstellung“ unmöglich gewesen sei, die „Annehmlichkeiten des Lebens in Ägypten“ zu genießen. Mit dem geheimen Codewort „Um Mitternacht“ hätten deshalb die „jüdischen Rabbis“ rund 120.000 Familien den Befehl erteilt, bei Nacht und Nebel Ägypten in einem Konvoi von Eselskarren zu verlassen. Erst

nachdem sie die Pharaonenarmee in der Sinaiwüste in die Irre geführt hatten, sei es ihnen möglich gewesen, ihre mitgeführte Beute zu zählen, insgesamt 300 Tonnen Gold. Bis heute sei den ägyptischen Frauen „unverständlich“, wie die Juden neben den Wertgegenständen auch deren Küchengeräte geraubt hätten. „Der Pharao war erstaunt, eines Tages tausende weinende Frauen auf den Balkonen zu entdecken, die nach Hilfe riefen und den Raub ihres Schmucks und ihrer Kleidung beklagten, dem größten historischen Raub in der Weltgeschichte.“

Hilmi sagt: „Selbstverständlich zweifeln die Juden diese Geschichte an, weil das in ihrem Interesse ist.“ Gleichwohl gebe es sogar in der Bibel (Exodus 35, 12-36) Hinweise auf diesen historischen Diebstahl.

Dr. Gamil Yaken, Vizepräsident der ägyptischen Gemeinde in der Schweiz sei kürzlich nach Ägypten gekommen, um Informationen zu sammeln und ein Juristenteam zu finden, um mögliche Einwände wegen „Verjährung“ abzuwehren.

Das Jahreseinkommen eines Ägypters liegt übrigens durchschnittlich bei 2.400 Dollar. Deswegen konnten die meisten auch die damals entwendeten Küchengeräte bisher nicht ersetzen, und kneten den Teig fürs Fladenbrot immer noch mit der Hand, statt mit dem Knurps-Küchencenter.

(Spürnasen: MB, silenusthecrusader, Moderater Taliban, Anonymix, Andy, Bernd, Voltaire)



Die letzte Gauloise



Ab dem ersten Januar 2008 darf, wie in mehreren deutschen Bundesländern, in Frankreichs Bars, Cafés und Restaurants offiziell nur noch in Raucherkabinen gequalmt werden. Aber ob die freiheitsliebenden Franzosen da wohl mitmachen werden? Das bezweifeln zumindest [PR-inside](#) und [20 Minuten](#). Zumal die Polizei auch gar keine Lust hat, auf Raucherjagd zu gehen.

In öffentlichen Einrichtungen und am Arbeitsplatz ist der blaue Dunst in Frankreich bereits seit elf Monaten Tabu. Jetzt soll das Gesetz ähnlich wie bereits in mehreren anderen europäischen Staaten von Italien bis Schweden auf Gastbetriebe ausgeweitet werden. Kettenraucher [Jean-Paul Sartre](#) würde sich vermutlich im Grab umdrehen. Gauloise zu Pastis oder Rotwein gehört zu Frankreich wie Wildschwein zu Obelix.

Barbesitzerin Anne Lemèl aus Versailles zieht heftig an ihrer Marlboro und schimpft:

„Ich werde mich einen Dreck um das Gesetz kümmern, die spinnen doch in der Regierung. Ein Eingriff in die

persönliche Freiheit, das lass ich mir nicht gefallen. Außerdem ist das hier kein Restaurant, die Kunden sind doch schnell wieder draußen. Wem schadet es? Niemandem!“

Wütend sind vor allem die Besitzer der 19.000 Tabakläden mit angeschlossener Bar im Land, nahezu den einzigen Lokalen, in denen in Frankreich Zigaretten verkauft werden. Sie fürchten jetzt um ihre Existenz. Den Großteil ihres Umsatzes machen die Tobaccos mit rauchenden Kunden, die nach Einführung des Verbotes ausbleiben könnten. Die Vorschrift, einen Raucherraum mit separatem Luftabzug einzurichten, ist für viele nicht umsetzbar.

Bereits Ende November demonstrierten in Paris 10.000 Menschen gegen das Verbot. Doch die Regierung gibt sich unnachgiebig. Gesundheitsministerin Roselyne Bachelot argumentiert mit der Bilanz der Tabakopfer: Nach offiziellen Angaben sterben in Frankreich jedes Jahr 66.000 Menschen an den Folgen des Rauchens, darunter 5.000 Passivraucher.

Obwohl Präsident Nicolas Sarkozy im Wahlkampf noch gesagt hatte:

„Es ist schon merkwürdig, dass man dort nicht mehr rauchen darf, wo man seine Zigaretten kauft.“

Trotzdem ist die letzte Gauloise noch lange nicht geraucht, denn viele Franzosen wollen in Asterix-Manier das neue Gesetz erst einmal boykottieren. Die Regierung droht mit hohen Geldstrafen, doch wirklich eintreiben, will sie niemand. Olivier Damien von der Polizeigewerkschaft sagt:

„Wir werden zum neuen Jahr wohl erst mal wichtigeres zu tun haben, als das Rauchverbot zu überprüfen. Es lohnt sich wohl kaum, wegen einer Zigarette den Ausbruch neuer Unruhen zu riskieren.“

Nur für Muslime: Falschparken erlaubt



In der 60.000 Einwohner zählenden britischen Stadt Bury ist nach Angaben der [Bury Times](#) (siehe auch [Die grüne Pest](#) und [Akte Islam](#)) offiziell das Falschparken erlaubt – aber nur Muslimen. Der Stadtrat von Bury hat beschlossen, bei muslimischen Parksündern im Umkreis der Moschee ein Auge zuzudrücken.

Zum Ende des Ramadan gab es anscheinend Parkplatzengpässe, darüber grübelte der Stadtrat, und Bürgermeister Bob Bibby erklärt den Beschluss:

„Wir dachten, es sei angemessen, während dieser Zeit ein Auge zuzudrücken. Unsere Parkwächter hatten dies vorgeschlagen, und ich bin sehr stolz, dass wir es gemacht haben.“

Im Stadtrat stieß der Bürgermeister, jedoch auch nicht nur auf Begeisterung. Einige Ratsvertreter fragen sich nach Angaben der *Bury Times* schon, was dem Bürgermeister bei der Aufweichung des Rechtssystems als nächstes einfallen wird.

Werden Falschparker in mehrheitlich muslimisch bewohnten Gebieten bald aus Angst vor möglicher Diskriminierung nicht mehr geahndet? Christen dürfen jedenfalls weiterhin ihre

Strafzettel bezahlen.

(Spürnase: geheimrat)

Brandenburger Schüler: DDR war keine Diktatur



Ein Forscherteam der Freien Universität Berlin (FU) hat heute seine Untersuchungsergebnisse zum DDR-Bild von Schülern in Brandenburg vorgelegt. Die Antworten ließen den Wissenschaftlern die Haare zu Berge stehen: Nur jeder zweite brandenburgische Schüler weiß, wann die Mauer gebaut wurde, nur jeder dritte kann sagen, wer sie gebaut hat, für jeden zweiten ist der SED-Staat keine Diktatur gewesen.

Jeder dritte hält Konrad Adenauer und Willy Brandt für DDR-Politiker, jeder vierte die Staatssicherheit für einen „ganz normalen Geheimdienst“. Und jeder fünfte glaubt, dass das Wirtschaftssystem der DDR, das 1989 vor dem Bankrott stand, dem der alten Bundesrepublik überlegen gewesen ist.

[Der Spiegel berichtet:](#)

Die Schüler werden offensichtlich mit den Erzählungen ihrer Eltern allein gelassen, die die DDR verklären und romantisieren. In der Schule werde das Thema völlig

vernachlässigt – oder im gleichen Geist unterrichtet, „bis die Schüler denken, dass alles in der DDR tatsächlich so war, wie die Schönfärber es hinstellen“, so Schroeder. „Die Schüler denken, in der DDR seien die Renten höher gewesen als in der BRD, es hätten alle Abitur machen dürfen, und die Unterschiede zwischen Arm und Reich seien quasi eingeebnet gewesen.“ Je jünger die Schüler, desto positiver werde ihr Bild: „Wenn ich bei der PDS wäre, würde ich sagen: ‚Super, das ist ja unser zukünftiges Wählerpotential‘“, sagt Klaus Schroeder.



Depenheuer im Welt-Interview



Zu Zeiten von Helmut Schmidt kannte man noch die wehrhafte Demokratie. Heutzutage wirkt es fast exotisch, wenn der Kölner Staatsrechtler Otto Depenheuer im Welt-Interview erklärt, dass man angesichts einer terroristischen Bedrohung auch bereit sein muss, die Freiheit zu verteidigen, dass zu Bürgerrechten auch Bürgerpflichten gehören und dass Gutmenschen zynisch Menschenleben in Gefahr

bringen, wenn sie von all dem nichts wissen wollen. Innenminister Schäuble soll zu den begeisterten Lesern des konservativen Juristen gehören. Auch wenn man davon wenig merkt. Das kurze unbequeme Interview kann man in der heutigen Onlineausgabe der Welt lesen: „[Wieviele Tote müssen es denn sein?](#)“

(Spürnase: Tarsuin)

„Nicht unreflektierte Toleranz ist gefragt“



Das Magazin „Cicero“ [veröffentlicht](#) in der aktuellen Ausgabe ein bemerkenswertes Interview mit Karl Kardinal Lehmann (Foto). Das grundsätzliche Eintreten für Religionsfreiheit dürfe – so Lehmann – nicht mit Gleichgültigkeit gegenüber gewalttätigen Tendenzen verwechselt werden. Der Staat habe für den Schutz seiner Bürger zu sorgen.

Grundsätzlich habe er auch nichts gegen große Moscheen, nicht einmal gegen eine Moschee in Rom, die höher ist als der Petersdom. Allerdings wolle er, Lehmann, im Gegenzug auch nicht verhaftet werden, wenn er in Saudi-Arabien eine Messe lese.

Ohne eine Reziprozität in der Gewähr von Grundrechten wie

Religionsfreiheit geht es auf die Dauer nicht.

Auf die Frage, ob er schon einmal Angst vor einem islamistischen Übergriff gehabt habe, antwortet Lehmann:

Angst eher nicht. Aber eigenartige Situationen gab es schon. Vor nicht allzu langer Zeit passierte mir in Mainz Folgendes: Immer wenn ich im Talar zum Dom ging und an einem bestimmten Kebab-Stand vorbeikam, stand da ein Orientale vor der Tür. Der hatte ein Messer in der Hand und wenn er mich gesehen hat, hat er immer eine Geste des Halsabschneidens gemacht. Ich habe dann ein-, zweimal versucht, ins Gespräch zu kommen. Er konnte aber kein Wort Deutsch, und ich konnte kein Wort Türkisch.

Der Mann hat nur gemäß den Vorgaben seines Heiligen Buches gehandelt. Der Koran befiehlt schließlich vielfach, alle Nicht-Muslime umzubringen (u.a. zweimal in 2,191; in 4,89; 4,91; 4,95).

Aber: Islam ist Frieden!

(Spürnase: Cajun Coyote)

Koch: „Haben zu viele kriminelle junge Ausländer“



In einem [Interview mit der BILD](#) hat sich Hessens Ministerpräsident Koch nach dem brutalen Überfall von München und dem [hohen Anteil jugendlicher Ausländer an der Gewalkriminalität](#) zu Wort gemeldet: „Niemand darf sich hinter seinem „Migrations-Status“ verschanzen. (...) Bis vor Kurzem wurden in multi-kultureller Verblendung Verhaltensweisen toleriert, die inzwischen zu hochexplosiven Gruppen-Aggressionen führen können“, so Koch. Inzwischen wurde bekannt, dass der U-Bahn-Schläger Serkan A. aufgrund der deutschen Rechtslage (er hat eine dreimonatige Tochter, die in einem Heim lebt) wahrscheinlich [nicht abgeschoben werden kann.](#)

(Spürnasen: Gnof und HBS)